



Nr. 532. Mittag-Ausgabe.

Schundfünftigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

### General-Synodal-Ordnung.

§ 1. Der Verband der General-Synode erstreckt sich auf die zur evangelischen Landeskirche vereinigten Provinzen der Monarchie.

#### I. Zusammenfassung:

- § 2. Die General-Synode wird zusammengefasst:
  - 1) aus 150 Mitgliedern, welche von den Provinzial-Synoden der Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien, Sachsen, Westfalen und der Rheinprovinz gewählt werden;
  - 2) aus sechs Mitgliedern, von welchen jede evangelisch-theologische Facultät an den Universitäten Königsberg, Berlin, Greifswald, Breslau, Halle und Bonn eines aus ihrer Mitte wählt;
  - 3) aus den General-Superintendenten der im General-Synodalverband stehenden Provinzen;
  - 4) aus dreißig landesherlich zu ernennenden Mitgliedern.

Die Berufung der Synodal-Mitglieder erfolgt für eine Synodalperiode von sechs Jahren.

§ 3. Die zu folge § 2 Nr. 1 zu wählenden Mitglieder werden auf die drei Provinzial-Synoden verteilt, daß die Synode der Provinz Preußen . . . . . 24,

" " Brandenburg . . . . .	27,
" " Pommern . . . . .	18,
" " Posen . . . . .	9,
" " Schlesien . . . . .	21,
" " Sachsen . . . . .	24,
" " Westfalen . . . . .	12,
" " Rheinprovinz . . . . .	15

Mitglieder wählt.

Die Wahl erfolgt in der Weise, daß

- 1) ein Drittheil aus den innerhalb der Provinz in geistlichen Amtmern der Landeskirche angestellten Geistlichen;
- 2) ein Drittheil aus solchen Angehörigen der Provinz gewählt wird, welche in Kreis- oder Provinzial-Synoden oder in den Gemeinde-Körperschaften derselben als wählbare Mitglieder entweder zur Zeit der Kirche dienen oder früher gedient haben;
- 3) die Wahlen für das leste Drittheil sind an diese Beschränkungen nicht gebunden, sondern können auch auf andere angehörende, kirchlich erfahrene und verdiene Männer gerichtet werden, welche der evangelischen Landeskirche angehören.

Alle Gewählten müssen das dreißigste Lebensjahr zurückgelegt haben.

#### II. Wirkungskreis.

§ 4. Die General-Synode hat mit dem Kirchenregimente des Königs der Erhaltung und dem Wachsthum der Landeskirche auf dem Grunde des evangelischen Bekennens zu dienen; Regiment, Lehrstand und Gemeinden zur Gemeinschaft der Arbeit an dem Aufbau der Landeskirche zu verbinden; auf Erhaltung der bestehenden Kirchenordnung in den Thätigkeiten der Verwaltung zu achten; über die gesetzliche Fortbildung der landeskirchlichen Einrichtungen zu beschließen; die Fruchtbarkeit der Landeskirche an Werken der christlichen Nächstenliebe zu fördern; die Einheit der Landeskirche gegen aufstrebende Bestrebungen zu wahren; der probinziellen kirchlichen Selbstständigkeit ihre Grenzen zu ziehen und sie in denfelben zu schützen; die Gemeindraft zwischen der Landeskirche und anderen Theilen der evangelischen Gesamtkirche zu pflegen; zu interconfessionellen Verständigung der christlichen Kirchen zu helfen, und überhaupt sowohl aus eigener Bewegung als auf Anregung der Kirchenregierung, in Gemässheit dieser Ordnung, Alles zu thun, wodurch die Landeskirche gebaut und gefestigt und die Gesamtkirche in der Erfüllung ihrer religiösen und fülllichen Mission gefördert werden mag.

#### III. Gegenstände.

§ 5. Landeskirchliche Gesetze bedürfen der Zustimmung der General-Synode und werden von dem Könige traxt seines Rechts als Träger des Kirchenregiments erlassen. Sie werden beabsichtigt der Beglaubigung von dem Präsidenten des Evangelischen Ober-Kirchenrats gezeichnet.

Die General-Synode hat das Recht, landeskirchliche Gesetze vorzuschlagen.

Ein von der General-Synode angenommenes Gesetz darf dem Könige zum Belehrung seiner Entscheidung über ihm zu ertheilende Sanction nicht eher vorgelegt werden, als nachdem der Minister der geistlichen Angelegenheiten erklärt hat, daß von Staatswegen hiergegen nichts zu erinnern sei.

Seine verbindliche Kraft erhält das Kirchengesetz durch die Verkündung in dem unter Verantwortlichkeit des Evangelischen Ober-Kirchenrats erscheinenden kirchlichen Gesetz- und Verordnungsblatt. Sie beginnt, sofern in dem Gesetz kein anderer Anfangstermin bestimmt ist, mit dem achtundzwanzigsten Tage nach demjenigen Tage, an welchem das betreffende Stück des genannten Blattes ausgegeben worden ist.

§ 6. Folgende Gegenstände unterliegen ausschließlich der landeskirchlichen Gesetzgebung:

- 1) die Regelung der kirchlichen Lehrfreiheit;
- 2) die ordinariische Verpflichtung der Geistlichen;
- 3) die zu allgemeinem landeskirchlichen Gebrauche bestimmten Katechismus-erklärungen, Religionslehrbücher, Gesangbücher und agendarischen Normen. Soll die Einführung solcher kirchlicher Bücher und Normen nur für einzelne Provinzial-Synoden erfolgen, so bedarf es der Zustimmung der betreffenden Provinzial-Synode. Durch vorübergehende Verhältnisse bedingte und daher nur zeitweise liturgische Anordnungen werden mit Ermautigung des Königs vom Evangelischen Ober-Kirchenrat getroffen;
- 4) die Einführung oder Abschaffung allgemeiner kirchlicher Feiertage;
- 5) Änderungen der Kirchenverfassung, welche entweder die durch die Kirchengemeinde- und Synodalordnung vom 10. September 1873 und durch die gegenwärtige Ordnung geschaffenen Institute der kirchlichen Selbstverwaltung und Vertretung, oder den Grundzak betreffen, wonach das Kirchenregiment des Königs durch collegiale, mit geistlichen und weltlichen Mitgliedern besetzte Kirchenbehörden auszuführen ist;
- 6) die Kirchenjustiz wegen Verleugnung allgemeiner Pflichten der Kirchenglieder, sowie die Disciplinargewalt über Geistliche und andere Kirchen-dienner. Bis zur anbervertragten kirchengeistlichen Regelung der Disciplinargewalt bei Dienstbergeben der Superintendenten, Geistlichen und niederen Kirchendienner finden auf das formelle Disciplinarverfahren so wie auf die vorläufige Dienstenthebung gegen dieselben die Bestimmungen der §§ 22, 23 Nr. 1, 24, 27, 28, 31—45 und 48—54 des Gesetzes vom 21. Juli 1852 (Gesetzsammlung S. 465) mit der Maßgabe Anwendung, daß die in dem genannten Gesetz dem Disciplinarhofe und den Provinzialbehörden beigelegten Befugnisse von den Provinzial-Confessionen nach dem für das Verfahren bei den Provinzialbehörden vorgesehenen Bestimmungen zu üben sind, die dem Disciplinarhofe beigelegte gutachtlische Thätigkeit fortfällt und die Zuständigkeit des Ministerial- bzw. Staatsministerial-Ressorts dem Evangelischen Ober-Kirchenrat zukommen;

7) die kirchlichen Erfordernisse der Anstellungsfähigkeit und der kirchlichen Grundsätze über die Befestigung der geistlichen Amtmter.

§ 7. Der Kirchenregierung wie der General-Synode bleibt unbenommen, auch über andere Gegenstände der kirchlichen Ordnung, deren allgemeine kirchengeistliche Regelung beispielhaft erachtet wird, Gesetzesvorschläge zu machen.

Soll diese Regelung erfolgt, so kann weder eine Veränderung derselben, noch deren Überlassung an die probinziellkirchliche Gelehrte oder an das Kirchenregimentliche Verordnungsrecht anders als im Wege der landeskirchlichen Gesetzgebung geschehen.

§ 8. Es hängt vom Ermeessen der Kirchenregierung ab, über Gesetzesvorschläge, welche sie der General-Synode zu machen beabsichtigt, zuvor die Provinzial-Synoden oder einige derselben zu gutachtlicher Neuerung zu veranlassen. Bei Veränderungen, welche die Liturgie oder die kirchlichen Bücher betreffen (§ 6 Nr. 3), soll diese Anhörung der Provinzial-Synoden in der Regel geschehen.

§ 9. Veränderungen der revidirten Kirchenordnung für Westfalen und die Rheinprovinz können, wie bisher, von den Provinzial-Synoden dieser Provinzen beschlossen und durch Bestätigung der Kirchenregierung in Kraft gesetzt werden.

Werden Bestimmungen der genannten Kirchenordnung durch ein von der Kirchenregierung beabsichtigtes landeskirchliches Gesetz betroffen, so müssen die

Synoden der beiden Provinzen, bevor der Gesetzesvorschlag an die General-Synode gelangt, gutachtlich gehobt werden.

Gehen solche Gesetzesvorschläge von der General-Synode aus, so sind die Gutachten der genannten Provinzial-Synoden vor der Einholung der königlichen Sanction zu veranlassen.

Auch wenn sich beide Synoden übereinstimmend gegen die Veränderung ihrer Kirchenordnung, so bleiben diese Provinzen von dem Geltungsbereiche der betreffenden landeskirchlichen Vorschrift ausgenommen.

Kirchliche Vermögensrechte und Besteuerung.

§ 10. Die General-Synode übt eine Kontrolle über die den bestehenden Normen entsprechende Verwendung der vom evangelischen Ober-Kirchenrat veralteten kirchlichen Central-Fonds und sonstigen kirchlichen Einnahmen. Der General-Synode ist darüber eine die abgelaufene Synodalperiode umfassende Rechnung zur Prüfung und Ertheilung der Entlastung vorzulegen.

Synoden der beiden Provinzen, bevor der Gesetzesvorschlag an die General-Synode gelangt, gutachtlich gehobt werden.

Gehen solche Gesetzesvorschläge von der General-Synode aus, so sind die Gutachten der genannten Provinzial-Synoden vor der Einholung der königlichen Sanction zu veranlassen.

Auch wenn sich beide Synoden übereinstimmend gegen die Veränderung ihrer Kirchenordnung, so bleiben diese Provinzen von dem Geltungsbereiche der betreffenden landeskirchlichen Vorschrift ausgenommen.

Kirchliche Vermögensrechte und Besteuerung.

§ 11. Die General-Synode übt eine Kontrolle über die den bestehenden Normen entsprechende Verwendung der vom evangelischen Ober-Kirchenrat veralteten kirchlichen Central-Fonds und sonstigen kirchlichen Einnahmen. Der General-Synode ist darüber eine die abgelaufene Synodalperiode umfassende Rechnung zur Prüfung und Ertheilung der Entlastung vorzulegen.

Synoden der beiden Provinzen, bevor der Gesetzesvorschlag an die General-Synode gelangt, gutachtlich gehobt werden.

Gehen solche Gesetzesvorschläge von der General-Synode aus, so sind die Gutachten der genannten Provinzial-Synoden vor der Einholung der königlichen Sanction zu veranlassen.

Auch wenn sich beide Synoden übereinstimmend gegen die Veränderung ihrer Kirchenordnung, so bleiben diese Provinzen von dem Geltungsbereiche der betreffenden landeskirchlichen Vorschrift ausgenommen.

Kirchliche Vermögensrechte und Besteuerung.

§ 12. Anordnungen der Kirchen-Regierung, wegen Einführung neuer, regelmäßiger wiederkehrender, sowie wegen Abschaffung bestehender landeskirchlicher Colletten bedürfen der Zustimmung der General-Synode.

§ 13. Die Bewilligung neuer Ausgaben für landeskirchliche Zwecke, so weit sie durch Umlagen auf die Kirchenkassen oder Kirchen-Gemeinden gedeckt werden sollen, erfolgt im Wege der kirchlichen Gesetzgebung.

Der bewilligte durch Umlage aufzubringende Betrag wird über die Provinzen der Landeskirche nach einem Maßstab repartirt, welcher vorläufig durch königliche Verordnung aufgestellt, endgültig zwischen der General-Synode und der Kirchen-Regierung vereinbart wird.

Die auf die einzelnen Provinzen entfallenden Beträge werden nach den §§ 73 der Kirchengemeinde- und Synodalordnung vom 10. September 1873 aufgestellten Normen, für die Provinzen Rheinland und Westfalen nach Maßgabe des § 135 der Kirchenordnung vom 5. März 1835, einer Unter-Reportation unterworfen und an die Conistorialkassen und von diesen an den evangelischen Ober-Kirchenrat abgeführt.

§ 14. Auch die Einfüsse des Kirchenvermögens und der Parochialfonden können durch ein Kirchengesetz zu Beiträgen für kirchliche Zwecke herangezogen werden.

Dies ist nur zulässig bei Kirchenklassen, sofern die etatmäßige Solleinhaltung derselben die etatmäßige Sollaussage um mehr als ein Drittheil der letzteren, und wenigstens um dreihundert Mark jährlich, übersteigt, bei Pfarrpräuden, sofern der jährliche Ertrag derselben ausschließlich des Wohnungsvermöps aus mehr als sechstaufundzwanzig Mark sich beläuft. Diese Beiträge dürfen zehn Prozent des jährlichen Überschusses der Solleinhaltung der Kirchenklassen und des über die Summe von sechstaufundzwanzig Mark hinausgehenden Pfarrländereits nicht überschreiten.

Anträge und Beschwerden.

§ 15. Die General-Synode kann durch Anträge, welche sie beschließt, das Kirchenregiment in dem ganzen Bereich seiner Thätigkeit zu den Maßnahmen anregen, die dem landeskirchlichen Bedürfnis entsprechend erachtet.

Auf jeden solchen Antrag muß ein Bescheid, in Falle der Ablehnung mit den Gründen derselben, erhält werden.

Eine unmittelbare Theilnahme an den Geschäften der kirchlichen Central-Beratung steht die General-Synode durch ihren Vorstand nach Maßgabe der §§ 31 bis 33.

§ 16. Beihilfe Erhaltung der kirchengeistlichen Ordnung in den Thätigkeiten der Verwaltung steht die General-Synode auch der Weg der Beihilfe offen. Gegenstand derselben sind Verleihungen kirchengeistlicher Vorschriften durch Beschlüsse der Kirchenbehörden, welche im kirchlichen Institutwege keine Abschlüsse gefunden haben. Die von der General-Synode zur Prüfung und Beurtheilung der Einheit der Landeskirche.

§ 17. Der General-Synode werden die von den Provinzial-Synoden gefassten Beschlüsse vorgelegt. Findet die General-Synode, daß ein Beschluß der Provinzial-Synode mit der Einheit der evangelischen Landeskirche in Betriebs- und Union, in Cultus und Verfaßung nicht vereinbar ist, so ist demselben eine kirchenregimentliche Bestätigung zu verlagen. Ist solche bereits ertheilt, so hat die Kirchenregierung ihn außer Kraft zu setzen.

Wahrnehmung der Einheit der Landeskirche.

§ 18. Die General-Synode nimmt Kenntnis von den Beziehungen der Landeskirche zu den übrigen Theilen der deutschen evangelischen Kirche, beschließt über die der weiteren Entwicklung ihres Gemeinschaftsbandes dienenden Einrichtungen und beteiligt sich durch von ihr gewählte Abgeordnete an etwaigen Vertretungskörpern der deutschen evangelischen Kirche.

Zur Theilnahme der Landeskirche an anderen kirchlichen Versammlungen, insbesondere denen von internationaler oder interconfessioneller Art, bedarf es der Zustimmung der General-Synode.

Wahl des Synodalvorstandes und Synodalrats.

§ 19. Die General-Synode wählt ihren Vorstand auf eine Synodalperiode von sechs Jahren. Der selbe tritt jedoch erst außer Funktion, nachdem der neue Vorstand gebildet ist (§ 26).

Der Synodalvorstand wird aus einem Vorsitzenden (Präses), aus einem Stellvertreter desselben (Vizepräses) und aus fünf Beisitzern (Assessoren). Für die Beisitzer werden Ersatzmänner gewählt, welche bei Verhinderung der ersten in den Vorstand berufen werden.

Scheiden die nicht versammelter Synode sowohl der Präses als sein Stellvertreter aus, so wählen die Beisitzer unter sich für die Restzeit einen Vorsitzenden.

§ 20. Die General-Synode wählt ferner auf die Synodalperiode von sechs Jahren siebzehn Mitglieder, welche zusammen mit dem Vorstande den Synodalrat bilden. Von den Gewählten müssen je drei den Provinzen Preußen, Brandenburg und Sachsen, je zwei den Provinzen Pommern, Schlesien und der Rheinprovinz, je eines den Provinzen Posen und Westphalen angehören. Die Funktion des Synodalrats endet mit der Eröffnung der nächsten ordentlichen General-Synode (§ 25).

Für die Mitglieder des Synodalrats werden Ersatzmänner gewählt, welche bei Verhinderung der ersten zur Funktion berufen werden.

III. Versammlungen der General-Synode.

§ 21. Die General-Synode tritt auf Veranlassung des Königs und zwar alle sechs Jahre zu ordentlicher Versammlung zusammen. Zu außerordentlicher Versammlung kann sie nach Anhörung des Synodalvorstandes jederzeit berufen werden.

Dem Könige steht es zu, jederzeit die Versammlung zu schließen oder zu vertagen.

§ 22. Während der Versammlung der Synode findet in allen evangelischen Hauptgottesdiensten der Landeskirche eine Fürbitte für die Synode statt.

§ 23. Als Königlicher Commisar zur Wahrnehmung der Zuständigkeiten des obersten Kirchenregiments bei der Synode fungirt der Präsident des Evangelischen Ober-Kirchenrats. In Vacansfällen oder bei dauernder Verhinderung ernennet der König einen anderen Commisar.

Der Königliche Commisar ist befugt, jederzeit das Wort zu ergreifen und Anträge zu stellen. Er kann Mitglieder des Evangelischen Ober-Kirchenrats mit seiner Beihilfe und vorübergehenden Vertretung beauftragen.

Der Minister der geistlichen Angelegenheiten und die von ihm ernannten Commissarien sind berechtigt, den Sitzungen beizuwöhnen und jederzeit das Wort zu ergreifen, sofern sie es im Interesse des Staates für erforderlich erachten.

§ 24. Die Synode regelt ihren Geschäftsgang. Bis dies geschieht, ist eine provisorische Geschäftsaufstellung maßgebend, welche der Evangelischen Ober-Kirchenrat ertheilt.

Staats- und Kirchenbehörden neu zu regeln, bleibt staatlicher Anordnung vorbehalten.

§ 39. Die §§ 50, 59, 61 und 62 der Kirchengemeinde- und Synodal-

Ordnung vom 10. September 1873 sind aufgehoben.

Um die Stelle derselben treten die Bestimmungen der nachfolgenden

§ 40 bis 43.

§ 40. Die Kreissynode besteht aus:

1) dem Superintendenten der Diözese als Vorsitzenden.

Unter mehreren zur Synode gehörigen Superintendenden gebührt der

Vorsitz dem im Ephoralam älteren.

2) sämtlichen innerhalb des Kirchenkreises ein Pfarramt definitiv oder

bisikalisch verwalteten Geistlichen. Geistliche an Anstalten, welche keine

Parochialrechte haben, Militärgeistliche und ordinäre Hilfgeistliche sind

nur befugt, mit beratender Stimme an der Synode Theil zu nehmen.

Zweifel über den Umfang der Teilnahmeberechtigung einzelner Geistlichen entscheidet das Consistorium.

3) der doppelten Anzahl weltlicher Mitglieder. Die Hälfte derselben wird

in der Weise gewählt, daß jede Gemeinde aus den derzeitigen Altesten

und denjenigen Gemeinderepresentanten, welche die Qualification zum Altesten

haben oder aus der Zahl der früheren Altesten, so viel Mitglieder ent-  
sieden, als für stimmberechtigte Geistliche in der Synode bat. Die

andere Hälfte wird von den an Seelenzahl stärkeren Gemeinden aus

den angesehenen, kirchlich erfahrenen und verdienten Männern des Sy-  
nodalkreises gewählt. Diejenigen Gemeinden, welche hiernach noch ein

oder mehrere Mitglieder zu wählen haben, sowie die Zahl dieser Mit-  
glieder werden nach Abgabe der Seelenzahl durch Beschluss der Kreis-  
Synode bestimmt; der Beschluss bedarf der Bestätigung des durch den

Provinzialvorstand verstärkten Consistoriums.

Die Wahlen der weltlichen Mitglieder geschehen auf drei Jahre und wer-  
den von den vereinigten Gemeinde-Organen jeder Gemeinde, bei verbunde-  
nen Gemeinden der Gesamtparochie vollzogen. Für jedes weltliche Mit-  
glied ist gleichzeitig ein Stellvertreter zu wählen, welcher bei dessen Verhin-  
derung in die Synode eintritt.

§ 41. Die Provinialsynode wird zusammengesetzt aus:

1) den von den Kreissynoden oder Synodalverbänden der Provinz zu wähl-  
enden Abgeordneten;

2) einem von der evangelisch-theologischen Facultät der Provinzial-Universi-  
tät (für Poisen der Universität Breslau) zu wählenden Mitgliede dieser  
Facultät;

3) aus landesherrlich zu ernennenden Mitgliedern, deren Zahl den sechsten

Theil der nach Nr. 1 zu wählenden Abgeordneten nicht übersteigen soll.  
Die Berufung aller Synodalmitglieder erfolgt für eine Synodalperiode

von drei Jahren.

§ 42. Jeder Kreissynodalbezirk ist ein Wahlkreis, seine Kreissynode der  
Wahlkörper. Ist in der Provinz eine größere Anzahl von Kreissynoden vor-  
handen, so ist durch Vereinigung mehrerer Kreissynoden zu einem Wahlver-  
bande die Zahl der Wahlkreise auf fünfunddreißig, in den Provinzen Bran-  
denburg und Sachsen auf vierzig zu verringen. In dem Wahlverbande  
bilden die vereinigten Kreissynoden den Wahlkörper.

Die Anzahl und die Begrenzung der durch Zusammenlegung von Kreis-  
synoden gebildeten Wahlkreise wird bis zur anderweitigen kirchengesetzlichen  
Regelung durch Königliche Verordnung bestimmt.

Die Zahl der von den Kreissynoden und Wahlverbänden zu wählenden  
Abgeordneten (§ 41 Nr. 1) beträgt das Dreifache der in der Provinz vor-  
handenen Wahlkreise.

Für jeden Abgeordneten wird gleichzeitig ein Stellvertreter gewählt.

§ 43. Die Wahl erfolgt in der Weise, daß in jedem Wahlkreise

1) ein Abgeordneter aus den innerhalb des Wahlkreises in geistlichen Amt-  
tern der Landeskirche angestellten Geistlichen;

2) ein Abgeordneter aus solchen Angehörigen des Wahlkreises gewählt wird,  
welche in Kreissynoden oder in den Gemeindelöpernschaften derselben als

weltliche Mitglieder zur Zeit der Kirche dienen oder früher gedient haben;

3) das lezte Dritttheil der Abgeordneten wird von den an Seelenzahl stär-  
keren Kreissynoden und Wahlverbänden ohne Standes- und Amis-  
beschränkung aus den angegebenen, kirchlich erfahrenen und verdienten  
Männern des Provinzialbezirks gewählt. Diejenigen Wahlkörper, welche  
hiernach eines oder mehrere dieser Mitglieder zu wählen haben, sowie  
die Zahl dieser Mitglieder werden nach Abgabe der Seelenzahl das

erste Mal durch Anordnung des Evangelischen Ober-Kirchenrats, dem-  
nächst endgültig durch Beschluss der Provinialsynode bestimmt. Dieser  
Beschluss bedarf der Bestätigung des durch den Vorstand der General-  
synode verstärkten Evangelischen Ober-Kirchenrats.

§ 44. Bis zur Constituierung des Vorstandes der ersten Generalsynode  
werden die demselben oder dem Synodalpräsidenten beigelegten Functionen (§§ 25,  
26, 27) durch den Evangelischen Ober-Kirchenrat oder dessen Präsidenten  
ausgeführt (§ 23).

§ 45. Die zur Ausführung dieser Ordnung erforderliche Instruction wird  
von dem Evangelischen Ober-Kirchenrat im Einverständniß mit dem Minister  
der geistlichen Angelegenheiten erlassen.

## Deutschland.

Berlin, 13. November. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem  
Landgerichts-Präsidium, Geheimen Ober-Zivil- und Kriegs-Rath Gräff zu Trier den  
Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub; dem Regierung- und  
Geheimen Medizinal-Rath Dr. Schaper zu Aachen den Rothen Adlerorden  
dritter Klasse mit der Schleife; dem Major a. D. und Rittergutsbesitzer v.  
Risselmann auf Görbitz im Kreise West-Sternberg und dem Ober-  
Postcommissarius Roht zu Breslau den Rothen Adlerorden vierter Klasse;  
dem Geheimen Justiz- und Appellationsgerichts-Rath v. Lepper-Laski zu  
Ratibor den königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse; sowie dem Rentier  
Carl Heufelder zu Berlin, dem Kaufmann Adolf Schilder dagebst und  
dem Realschul-Beichnenlehrer Malicus zu Grünberg in Schlesien den  
königlichen Kronenorden vierter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Post-Director Kneuper zu  
Arolsen den Rothen Adlerorden vierter Klasse verliehen.

Am evangelischen Schullehrer-Seminar zu Franzburg ist dem Hilfslehrer  
Genz eine ordentliche Lehrstelle provisorisch übertragen worden. — Die  
bisherigen Baumeister Eduard Jacob und Everhard v. Staab in Poisen  
sind zu königl. Land-Baumeistern ernannt und denselben technische Hilfs-  
Arbeiterstellen bei der königl. Regierung dorthin verliehen worden. — Der  
bisherige Baumeister Fritz Schlepp zu Ragnit ist als königl. Kreis-Bau-  
meister dagebst angestellt worden.

[Bekanntmachung.] Die erste Generalversammlung der  
Reichsbankantheilseigner (§ 33 des Statuts der Reichsbank vom 21sten  
Mai dieses Jahres — Reichsgesetzblatt Seite 203) wird hierdurch  
auf den 29. dieses Monats, Nachmittags 6 Uhr, berufen, um die  
für den Centralausschuß nötigen Wahlen vorzunehmen.

Zur Theilnahme ist jeder männliche und verfügsfähige An-  
theilseigner berechtigt, welcher durch eine spätestens am Tage vor der  
Generalversammlung im Archiv der Preußischen Bank zu Berlin,  
Kurstraße Nr. 1, während der Geschäftsstunden abzuhebende Beschei-  
nung nachweist, daß und wie viele Anteile er besitzt. (§§ 16, 33,  
34 a. a. D.)

Die Besitzer von Anteilen der Preußischen Bank (§ 33, Ziff.  
1 a. a. D.), sofern diese nicht bereits auf ihren Namen in den  
Stammbüchern der Preußischen Bank eingetragen sind, erhalten die  
Bescheinigung nur dann, wenn sie sich als Rechtsnachfolger der zuletzt  
eingetragenen Anteilseigner nach § 13 der Bankordnung vom 5ten  
October 1846 (Preuß. Ges.-Sammlung S. 435) legitimiren. Be-  
sitzer von Reichsbankantheilern (Statut § 33, Ziff. 2) haben dem  
Archiv das Duplicit des Cautionsverzeichnisses oder den Bezugsschein  
(bekanntmachung vom 24. Mai dieses Jahres (Pos. 5, 7, 8, —  
Deutscher Reichsanzeiger Nr. 120) vorzulegen und, sofern diese Ur-  
kunden nicht auf ihren Namen lauten, deren Uebergang auf sie durch  
Indossament (Pos. 7 a. a. D.), Cession oder andere Documente nach-  
zuweisen.

Die Versammlung findet im Bankgebäude zu Berlin, Oberwall-  
straße Nr. 10 und 11, statt.

Barzin, den 12. November 1875.

Der Reichskanzler.

Fürst von Bismarck.

Berlin, 13. November. [Se. Majestät der Kaiser und  
König.] Allerhöchstwürdige gestern und heute die Hoffagden in der  
Leipziger Haidé abgehalten haben, werden heute Abend 9 Uhr 15 Mi-  
nuten mit der Lehrter Bahn hier zurückverwartet.

= Berlin, 14. Novbr. [Dementi. — Die neuen Steuern.]

In hiesigen diplomatischen Kreisen hatte man während der Nacht alar-  
mirende Nachrichten aus Russland empfangen, welche bald eine weitere  
Verbreitung gefunden hatten und nicht geringe Erregung auch in  
weiteren Kreisen hervorriefen. Danach waren drei russische Infanterie-  
Divisionen mobil gemacht worden und die gesammte in Südrussland  
stehende Heere macht hätte Weisung erhalten, sich auf eine nahe Mobil-  
machung vorzubereiten. Diese Nachricht verbreitete sich durch die ganze  
Stadt und die Verhügung der Gemüther wollte nur schwer zurück-  
kehren, als Mittags ein Telegramm des Wolfschen Bureaus erschien,  
welches die Angabe einfach „als ganz unbegründet und systematisch  
tendenziös“ bezeichnet. Es ist nicht abzusehen, auf welcher Seite hier  
die Wahrheit liegt; tatsächlich müssen wir berichten, daß man vor-  
läufig das Dementi anzweifelt und die kriegerische Nachricht wenigstens  
nicht für eine grundlose Erfindung ansieht. — Dem Reichstage ist  
nunmehr mit dem gesammten Budget-Material auch die Vorlage über  
die Einführung der Bruststeuer und die Erhöhung der Brau- und

wider den Bischof Brinkmann hat, wie der „W. Pr. Ztg.“ geschrieben  
wird, der k. Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten am 27. v. M.  
beschlossen, daß mit Rücksicht auf den Ausfall der Voruntersuchung von  
der dem Gerichtshofe beigelegten Befugnis, das Verfahren einzustellen,  
kein Gebrauch zu machen, vielmehr der Staatsanwaltshaft die Acten  
zur weiteren Veranlassung vorzulegen.

Paderborn, 13. November. [Der Landrath Jenisch] hat  
heute im Auftrage des Cultusministers die Schließung des hiesigen  
Priesterseminars vorgenommen. Die noch anwesenden Alumnen haben  
diesen Seminar binnen 14 Tagen zu räumen.

München, 13. November. [Die Immediateingabe der  
Bischöfe.] Wie die „N. N.“ hören, wird die Vorstellung der Erz-  
bischofe und Bischöfe Baterns, die ohne eine Verfügung von Sr. Maj. dem  
König an das kgl. Cultusministerium gelangte, von diesem ebenfalls  
unbeantwortet bleiben. Es war dieses Schicksal bei einem Actenstücke  
vorauszusehen, das in solcher (1) Form längst bekannt und im Wesen  
von der Regierung bereits auch als unbegründet zurückgewiesene An-  
klagen zum Ueberflus wieder einmal aufs Tapet gebracht.

München, 13. November. [Zur Affaire Lütz-Senestrey.] Wie die „A. A. Z.“ vernimmt, hat Herr Staatsminister Dr. v. Lütz  
an Herrn Bischof v. Senestrey in Regensburg bereits auf brieflichem  
Wege Vorläufe bezüglich einer Vertrauensperson ergeben lassen, wel-  
cher die Vernehmung der Zeugen in der Differenz zwischen den beiden  
Herren übertragen werden soll.

## Österreich.

Wien, 13. November. [Die Kaiserin von Österreich] hat  
an die Erzherzoginnen Marie und Clotilde nachstehendes Hand-  
schreiben erlassen:

„Liebe Frau Muhme Erzherzogin Marie (Clotilde).“

Es ist Mein inniger, auch von Sr. Majestät Meinem kaiserlichen  
Herrn Gemahli getheilter Wunsch, daß die bisher genügte Zahl von 70 Bög-  
lingsplätzen im Hernauer Österreicher-Bildungsinstut eine dem sichtbar  
gestiegerten Bedürfnisse wenigstens entsprechende Vermehrung  
erhalten möge.

Das demnächst eintretende hundertjährige Jubiläum des Bestehens der  
durch unsere erlauchten Vorfahren, Kaiserin Maria Theresia und Kaiser Jo-  
sep II. gegründeten und segensreich wirkenden Anstalt erachtet Jar als den  
geeignetesten Zeitpunkt, um durch einen an Österreich-Ungarns Wildbärtig-  
keit noch niemals vergeblich gerichteten Appell die Mittel für die angestrebte  
Erweiterung zu erlangen.

Indem Ich Meine seit dem gedachten, die schweren Familiensorgen vieler  
braver Offiziere lindernd Zwecke einen Beitrag von Gebtausend Gulden  
widme und Mich Euer Lieben Sympathie für diese zunächst uns Frauen  
nahegebende Angelegenheit vertheilt halte, erbitte Ich My Ihre wirtsame  
Unterstützung zu dem Ende, um in Meinem Namen durch Euer Lieben  
vereinliche Einflussnahme einer so segensreichen Idee in weitesten Kreisen der  
dort (hier) seitigen Reichshälfte fördersam Schutz angeide zu lassen.  
Ich verharre mit der Gejinnung der vollkommenen Hodachtung  
Euer Lieben gutwillige Muhme Elisabeth m. p.

Gödöllö, am 7. November 1875.

Lemberg, 12. November. [Unglücksfall.] Aus Dubicke wird  
dem „Ozennit“ telegraphiert, daß der Domherr Skrzynski gestern  
auf der Jagd den Grafen Dembinski, im Folge von Unvorsichtig-  
keit, erschossen habe.

## Provinzial-Beitung.

\*\* Breslau, 15. November. [Freisprechung.] Herr Curatus La-  
schinsky war in erster Instanz wegen Verleugnung des sogenannten Kanzels-  
Paragraphen zu 4 Wochen Festhaftung verurtheilt worden. Am Sonnabend  
stand Termin vor dem Appellationsgericht an. Hier gaben die Entlastungs-  
zeugen, wie die römische „Volszta.“ wörtlich sagt, „so genau und klar die  
Predigt des Herrn Curatus wieder, daß der Herr Staatsanwalt sich selbst  
veranlaßt sah, in Folge dieser Bezeugungen die Freisprechung zu bean-  
tragen,“ welche auch vom Gerichtsbof erkannt wurde.

[Der Sturm der letzten Tage] hat die Telegraphenleitung hart  
mitgenommen. Am 12. d. M. waren die Leitungen nach Frankreich, Belgien  
und Bayern total unterbrochen, viele andere Stationen konnten nur  
mühlos, teilweise auf Umwegen erreicht werden. Die telegraphischen Ver-  
bindungen mit Bayern, Württemberg, Baden und Frankreich waren am 13.  
noch unterbrochen, mit Frankfurt a. M. nur mangelhaft Verständigung  
in einer Leitung möglich. Die Depeschen für Belgien können über Köln  
abgesandt werden, jedoch ist die Verständigung mit dieser Station auch nur  
mangelhaft.

— d. Breslau, 15. November. [Städtische (alte) Ressource.] Im  
neuen Vereinsjahr fand am vergangenen Sonnabend die erste Männerver-  
sammlung statt. Der neu gewählte Vorstand hat sich in folgender Weise  
constituiert: Opticus Heidrich, Vorsitzender, Kaufmann Ullrich, Stellvertreter,  
Particular Freund, Käffirer, Buchhändler Weimann, Schriftsteller. Vorträge haben bis jetzt übernommen: Standesbeamter  
Hoffrichter, Redakteur Lamme und Dr. Gabriel; ferner sind als  
Vortragende in Aussicht genommen: Dr. Pinoft, Dr. Elsner, Professor  
Dr. Brentano und Rechtsanwalt Weiz. Der zu Sonnabend angebrachte  
Vortrag mußte ausfallen, da der Vortragende, Standesbeamter Hoffrichter,  
verhaftet worden war. Nach einer längeren Diskussion über die bisher  
statthabende Agitation für die Stadtverordneten-Wahlen bemerkte der Vor-  
sitzende, daß bezüglich der Angelegenheit Hoffrichter mehrere Anträge  
eingegangen waren, über die Beiglas zu fassen der Vorstand im  
Interesse des Verurteilten nicht für ratslich hält. Dr. Lipschütz  
empfiehlt, da eine Eidesformel für die Mitglieder der freien Ge-  
meinden nicht existiert, unter Darlegung des vorliegenden flagranten  
Falles eine Petition bezüglich Aufstellung einer derartigen Eidesformel an den  
Reichstag resp. das Abgeordnetenhaus zu richten. Der Vorstand nimmt diesen Vorschlag als Antrag auf, welcher von der Versammlung an-  
genommen wird. Außerdem soll an Herrn Hoffrichter Seitens der Ressource  
eine Deputation gesandt werden. Auf mehrere Anfragen, ob es  
nicht zweckmäßig sei, zur Bildung eines neuen Wahlvereins Schritte zu  
thun, erwidert der Vorstand, daß es noch nicht an der Zeit sei, die Kräfte  
durch eine Thatigkeit nach außen zu zerplätzen. Hierzu bemerkt Herr Schle-  
singer, daß die Gründung eines neuen Wahlvereins im Gange sei.

— d. Breslau, 13. Novbr. [Bezirksverein der Nikolai-Vorstadt.]  
Maurermeister Simon eröffnete die geistige Versammlung in der Hößler-  
schen Brauerei, indem er sein Bedauern aussprach, daß der Bezirksverein des  
südwestlichen Theiles der Schweidnitzer-Vorstadt bei Aufstellung eines Stadt-  
verordneten-Candidaten für den 9. Wahlbezirk selbstständig vorgegangen sei.  
Der Verein müsse sich das Recht der Wahlbesprechung wahren. Stadtver-  
ordneter Dr. Pannas vertheidigte das Vorgehen des angegriffenen Bezirks-  
vereins. Hieran knüppte sich eine längere nebst persönlich gehaltene Debatte.  
Der Vorstehende wies darauf hin, daß nicht nur Maurermeister Chr. L.,  
sondern auch in einem anderen Bezirksverein Herr Hepner-Skuß vor-  
geschlagen sei. Letzterer erklärte auf die Aufrufung des Vorstehenden, er  
sei von Bürgern, die nicht ganz seiner eigenen radikalen Richtung huldig-  
ten, vorgeschlagen. Er habe die Candidatur angenommen, weil gesagt wor-  
den, daß es in der Stadtverordneten-Versammlung an jüngeren Männern,  
die die neuere Volkswirtschaftliche Richtung vertreten und mit der alten ab-  
gebrachten gebrochen haben, mangeln. Das Amt eines Stadtverordneten  
sei communaler oder besser socialer Natur, seine Beschäftigung der Haushalt  
der Gemeinde und die Wahrung ihrer geistigen Interessen. Letztere würde  
er (Redner) in Folge seines Standpunktes in radikalem Sinne vertreten; be-  
züglich der Frage über Trennung der Kirche von der Schule werde man bei  
ihm keine Radikalität, keine Inconsequenz finden. Die materi

Herr Krönel: Das Aufstellen neuer Kandidaten führe nur eine Verspätung der Stimmen herbei und könnte zum Siege der Partei führen, die mit aller Kraft zu belämpfen sei. Sei er ein Kandidat von der Partei, von welcher Herr Heyner-Schulz aufgestellt ist, in die Stadtverordneten-Versammlung gebracht, so sei für die Partei ein Ansporn gegeben, neue Kandidaten hineinzubringen. Es könnte dann der Fall kommen, daß ein gemeinschaftliches Arbeiten von Magistrat und Stadtverordneten nicht mehr möglich sei. Redner empfiehlt daher Festhalten an der Candidatur des Maurermasters Eblich. Nachdem die Diskussion noch einige Zeit fortgesetzt worden, erzielte bei der folgenden Abstimmung Maurermester Eblich die Minorität der Stimmen der Anwesenden, aber die Majorität der Stimmen der Wähler. — Den Schluß der Versammlung bildete die Mitteilung des Magistratsvorschreibens bezüglich der bevorstehenden Volkszählung und die Aufforderung der Mitglieder, das Amt von Bürgern zu übernehmen.

— d. Breslau, 13. Novbr. [Centralverein sächsischer Gastwirthe zu Breslau.] In der am 12. d. M. im Café restaurant unter Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Beck, abgehaltenen Versammlung kam zunächst das eingeführte Protokoll des 4. allgemeinen deutschen Handwerkerfestes zu Kassel zur Verlezung. Bezißlich der auf demselben beschlossenen Petitionen an den Reichstag und das Abgeordnetenhaus, die an dieser Stelle bereits mitgetheilt sind, wurde beschlossen, dieselben vom Vorstand im Namen des Vereins unterzeichnet zu lassen. — In einem Anschreiben zeigt der bisherige Vorsitzende, Herr Kunike, an, daß er sein Amt als Vorsitzender niederlege. Herr Beck gedachte mit warmen Worten der regen Tätigkeit des Herrn Kunike. Die Neuwahl des Vorsitzenden wurde bis zur nächsten Generalversammlung vertagt. Am Herrn Kunike soll für seine mehrjährige Thätigkeit seitens des Vorstandes ein Dankesbriefe gerichtet werden. — In der vorangegangenen Sitzung war beschlossen worden, mit dem am 23. November in Breslau stattfindenden Versammlung eine Prämierung langjähriger treuer Geschäftsgesellen und Dienstboten zu verbinden. Zur Feststellung des Modus derselben war eine Commission gewählt worden. Dieselbe hat folgendes festgestellt: Für dreijährige treue Dienstzeit wird ein Anerkennungs-Diplom, für 10jährige Dienstzeit eine silberne Medaille nebst Diplom, für 10jährige Dienstzeit eine goldene Medaille nebst Diplom ertheilt. Dazu kommt je nach der Länge der Dienstzeit ein entsprechendes Geldgeschenk. Die Verammlung machte diese Beihilfen zu den ihren. Angemeldet zur Prämierung sind bereits: eine Person mit 10jähriger Dienstzeit, 1 Person mit 13jähriger, 1 Person mit 10jähriger, 1 Person mit 9jähriger, 2 Personen mit 8jähriger und 1 Person mit 7jähriger Dienstzeit. Dieselben sollen sämlich berücksichtigt werden.

— d. Breslau, 13. November. [Bezirksverein des südöstlichen Theiles der inneren Stadt.] In der gestrigen Versammlung im Hotel de Silesie wurde zunächst nach dem Kassen-Revisionsericht des Hrn. Sindermann in dem früheren Kassier, Hrn. Härtter, Declarer ertheilt. — Bezißlich der Neuwahl eines Stadtverordneten im 4ten Wahlbezirk berichtet Kaufmann und Stadtverordneter Bütner, daß bereits von anderer Seite Rechtsanwalt Wienert vorgeschlagen worden sei. Herr Wohlauertheit mit, daß die vom Bezirksverein aufgestellten Kandidaten, Sattler-Obermeister Bracht und Particulier Riediger, abgelehnt haben. Der Vorstand schlägt in Folge dessen den Brauereibesitzer Ruppelt als Kandidaten vor. Dieser lehnte ab, weil er erst zu kurze Zeit in Breslau sei und bittet an einer Candidatur des Seilermeisters Hahnwald festzuhalten. Hr. Grosche bemerkte, daß die Bürgerschaft mit der Candidatur des Rechtsanwalts Wiener nicht zufrieden sei, weil es schon genug Rechtsgelehrte in der Stadtverordneten-Versammlung gebe. Hr. Hahnwald lehnt ab. Hr. Heyncke empfiehlt, bei der Auswahl eines Kandidaten vor Allem den Stand der Gewerbetreibenden im Auge zu haben. Hr. Glücksmaier schlägt den Particulier Freund als Kandidaten vor. Hr. Mohr hält es für's Wünschenswerthe, daß Hr. Sindermann eine Candidatur annehme. Letzterer lehnt jedoch ab. Auf vielseitiges Drängen erklärt sich schließlich Hr. Hahnwald zur Annahme einer event. Wahl bereit. Bei der Abstimmung darüber, wer als Kandidat für die zusammenirende Wählerversammlung vorgeschlagen werden solle, erhielten Hr. Hahnwald 37 und Hr. Freund 1 Stimme. Erster ist somit der Wahler als Kandidat zu präsentieren. — Es wurde hierauf einstimmig beschlossen, den Chemiker Dr. Meusel zu ersuchen, im Verein einen Vortrag über seine Untersuchungen des natürlichen Gases zu halten. — Bezißlich der Cautionstellung seitens der Gasconsumenten behauptet Hr. Sindermann, die kleinen Consumanten müßten Caution stellen, die großen aber nicht; die Höhe der Caution, welche nur den einmonatlichen Betrag des Gasconsums betragen solle, werde vielfach überschritten. Es sei die Frage, ob überhaupt Cautionen zu erheben sind, und wenn dies der Fall, dann müßten sie von allen Consumenten erhoben werden. Hr. Grosche bemerkte, daß die frühere Aetiengesellschaft diese Cautionen verfügt habe, die Stadt dagegen nicht. Diese Cautionen hielten im Stadthaushalt-Etat gar kein Conto, seien in Folge dessen auch gar nicht controlbar. Der Vorstand wurde autorisiert, eine diesbezügliche Vorstellung beim Magistrat einzurichten. — Schließlich gab noch eine Frage Veranlassung zu einer längeren Diskussion über die Unangemessenheit der Ausgänge im Stadttheater. Es wurde eine Commission gewählt, welche sich über die tatsächlichen Verhältnisse genau informiren soll, um in der nächsten Sitzung Bericht hierüber zu erstatte.

□ Bunzlau, 14. November. [Conferenz.] Am 11. d. M. wurde in dem Philharmonischen Waisenhaus die General-Lehrer-Conferenz der 1. Bunzlauer Diöceste unter Vorsitz des Kreis-Schulen-Inspectors Herrn Superintendents Aumann abgehalten. Die Conferenz wurde 10 Uhr Vormittags mit Gesang und Gebet eröffnet, worauf der Vorsitzende eine längere Ansprache über das Wort: „Der Segen des Herrn macht reich ohne Mühe“ hielt. Aus dem statutären Bericht ging hervor, daß in dem Schul-Inspections-Bezirk 55 Elementarschulen sich befinden, in denen 40 Lehrer und 3 Hilfslehrer unterrichten. 8 Schulen sind ohne Lehrer. — Der Hauptgegenstand der Verhandlungen betraf den Unterricht in der Rechtschreibung, worüber zwei ausführliche Arbeiten vorgelesen wurden. Nach einer recht lebhafte Debatte fand der Schluß der Conferenz Nachmittag 4 Uhr statt.

X. Neumarkt, 13. November. [Tageschronik.] In der Nacht von Donnerstag, den 11., zu Freitag, den 12. d. M., wurde bei hellem Mondchein in den am Oberlinge gelegenen Läden des Uhrmachers L. ein frecher Einbruch verübt und eine Anzahl der dort befindlichen Uhren entwendet. L. befand sich während dem mit seiner Frau auf einem Kränchen, und was sein Schreck kein geringer, als er das Schaufenster seines Ladens bei seiner Heimfahrt erbrochen fand. Am nächsten Morgen fand man noch einige Lädenuhren, welche der freche Dieb verloren, auf der Straße. L. hat fünf Thaler Belohnung auf Ermittlung des Diebes ausgeschetzt. Ein Wun der bleibt es, daß in der mondernen Nacht an einem der frequentesten Plätze der Wacht oder sonst jemand nichts von dem Einbrude gewahrt haben.

8 Jauer, 12. Novbr. [Stadtverordnetenwahlen.] Theater-Ver einsleben. In dieser Woche erfolgten hier die Stadtverordnetenwahlen unter geringer Beteiligung der Wähler und ohne nennenswerthe Vorberichtigung. Es werden von den Wählern einer kleinen Stadt eben so viel Städtischen genommen, daß die öffentliche Abstimmung eine stärkere Beteiligung an der Wahl verhindert. Gedacht wurden in der III Abtheilung: Waggonfabrikant Hake und Schornsteinfeger Hoffmann; in der II. Abtheilung: Kaufmann Siegert, Kaufmann Förster, Siediteur Sachs, Gastrithempel; in der I. Abtheilung: Rechtsanwalt Fustling, Kaufmann Frankenstein, Fabrikant Jakobi, Apotheker Keil und Gütsbacher Töpfer. Für drei Stadtverordnete wurde keine absolute Majorität erreicht und muß eine Nachwahl erfolgen. Sieben sind wieder und vier neu gewählt. Ultramontane Bestrebungen spielten keine Rolle. — Unter städtischen Theater-Local geht seiner Bollendung entgegen. Es ist sehr geschmackvoll dekoriert und enthält 4 bis 500 Plätze. Anfang December wird durch Director Dr. Blume aus Liegnitz die Großfassung stattfinden und sollen in den Wintermonaten wöchentlich drei Vorstellungen stattfinden. Die Theater-Restoration — eine sogenannte fliegende — ist verpachtet worden. — Im Vereinsleben herrscht bei uns diesen Winter große Stille. Der Gesangverein und die Liedertafel haben ihre Übungen wieder aufgenommen; der Turnverein zeigt dieselben fort. Letzterer hält von Zeit zu Zeit gesellige Abende ab, an welchen auch populäre wissenschaftliche Vorträge gehalten werden. Ressource, neue städtische Ressource und Humanität sind entschlafen. Andere Vereine vegetieren zum Theil nur.

### Telegraphische Depeschen. (Für Wolffs Telegr.-Bureau)

Paris, 13. November. Der „Moniteur“ bespricht die russische Politik in der orientalischen Frage und hebt hervor, daß diese Politik in keiner Weise Veranlassung biete zu den Beschlüsse, die man in jüngster Zeit an der Börse und sonst gehegt hätte. Seit dem Jahre 1871 habe die Regierung des Kaisers Alexander in zahlreichen

Fällen so überzeugende Beweise ihrer Friedensliebe und ihrer einflußreichen Bemühungen um die Erhaltung des Friedens gegeben, daß es durchaus ungerechtfertigt sein würde, ihr den Gedanken unterzutellen, daß sie Verwickelungen im Orient herbeiführen wolle. Der „Moniteur“ bemerkt schließlich, der Friede Europas sei sichergestellt durch den guten Willen aller Mächte und gewiß durch den Ruhslands, welches zu seiner Erhaltung so viel beigetragen habe.

Paris, 14. November, Abends. Es verlautet, daß morgen in der Nationalversammlung die Diskussion über die Vertagung des Municipalgesetzes, welche die Gruppe Lavergne beantragt wird, erfolgt.

Die Regierung werde den Vertagungsantrag unterstützen, um das

Recht der Ernennung der Maîtres zu wahren. Vermuthlich wird die

Diskussion eine einzige Sitzung beanspruchen. Der Vertagungsantrag wird angenommen. Die Gruppen der Linken sind bemüht, das Einverständnis über die Ernennung der 75 Senatoren mit der äußersten

Rechten zu erzielen, indem sie derselben 25 Senatorenlizen versprechen

und die Wahl von Orleanisten und Bonapartisten ausschließen.

Versailles, 13. November. Die Nationalversammlung beschloß

in ihrer heutigen Sitzung mit 350 gegen 316 Stimmen, daß das

Wahlgesetz in den Colonien nicht zur Anwendung kommen solle; die

Vertretung der Colonien in der Nationalversammlung soll durch ein

besonderes Gesetz bestimmt werden.

Versailles, 14. November. Im weiteren Verlaufe der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung wurde das Amendement, welches die obligatorische Stimmabgabe bei den Wahlen fordert, abgelehnt. Die Versammlung sah darauf den Beschluss, zur dritten Lesung des Wahl-

gesetzes überzugehen. — Die Regierung beschloß, in Uebereinstimmung

mit der Commission, die Beratung des Amendements Belmont, be-

befremdend die Wählbarkeit der Offiziere der Territorialarmee, bis zur

dritten Lesung des Wahlgesetzes zu vertagen. — Wie die „Agence Havas“ erfährt, beabsichtigen viele Deputierte, nach der Abstimmung

über das Wahlgesetz die Diskussion möglichst einzuschränken.

Rom, 13. November. Aus Veranlassung der bevorstehenden Er-

hebung der italienischen Gefandtschaft in Berlin zum Range einer

Botschaft ist in das Budget des Ministeriums der auswärtigen An-

gelegenheiten eine Mehrforderung von 60,000 Lire eingestellt worden.

— Das Urtheil in dem Criminalprocesse gegen die Mörder des Chefs-

Redacteurs der „Capitale“, Raffaele Sonzogni, ist heute gefällt worden.

Die Angeklagten Giuseppe Luciani, Pio Frezza, Michele Armati, Cor-

nelio Farina und Luigi Morelli sind zu lebenslänglicher Zwangsarbeit

verurtheilt worden. Der fünfte Angeklagte, Scarpitti, wurde freige-

prochen.

San Sebastian, 13. November. Die Carlisten haben gestern

wieder ein heftiges Feuer auf Renteria eröffnet; das Militärhospital wurde in Brand geschnitten.

London, 14. November. Nach hier eingegangenen Berichten aus Penang hat die britische Residenz in Perak eine Garnison von 300 Mann erhalten, welche durch die Kanonenboote „Thistle“ und „Fly“ unterstützt wird. Der Sultan Abdallah zeigt Sympathie für die Engländer. Man glaubt, daß die Ermordung Birch's nicht vorher geplant war. Die Malayen segnen sich in Vertheidigungszustand. Die britischen Behörden bereiten militärische Operationen gegen dieselben vor.

Puna, 13. November. Der Prinz von Wales ist hier eingetroffen. Definitive Bestimmungen über die Weiterreise des Prinzen sind noch nicht getroffen, da heurige Nachrichten über die Choleraepidemie im südlichen Theile des unter der Präfidentschaft Madras stehenden Maharrattengebietes eingegangen sind und der Prinz in Folge dessen auf den Rath der Aerzte jene Gegenden nicht besuchen wird. Es steht auch noch nicht fest, ob der Prinz sich nach Madras begeben wird.

Seraing, 12. November. Bis jetzt sind bereits 42 Leichname der bei der Gasexplosion in dem Kohlenwerke Marihaye um das Leben gekommenen Personen aufgefunden worden. Man vermutet indessen, daß noch mehr Personen bei der Katastrophe den Tod gefunden haben. Die Zahl der bis jetzt aufgefundenen Verletzten ist sehr beträchtlich.

Athen, 13. November. Die Deputirtenkammer hat heute den Antrag, das gesamte Cabinet Bulgaris wegen Verfassungsbruches in den Anklagestand zu verlegen, angenommen. Gegen den ehemaligen Minister des Auswärtigen, Delhannis, und den Finanzminister Nitoyulos ist außerdem die Anklage wegen Ernennung von Gesandten ohne vorherige Genehmigung des dazu erforderlichen Postens des Budgets und wegen des Abschlusses des Vertrages mit Dr. Schleemann bezüglich der Ausgrabungen erhoben worden.

Dresden, 13. Nov. [Wochen-Bericht von Samuel Rosenthal.] In dieser Woche war die Witterung im höchsten Grade unbefriedigend; nicht allein wechselte sich leichter Frost und auffallend milde Temperatur mehrmals ab, sondern es hat auch wiederholt stark geregnet und verärgert heftig gestürmt, wie ähnliches Weiter in bisheriger Gegend seit langer Zeit nicht wahrgenommen gewesen ist. Der Landmann fühlt sich hierdurch aber keineswegs unangenehm berührt, vielmehr findet er in diesem Temperaturwechsel eine wesentliche Erleichterung zur Vollendung der Feldarbeiten. — Der Getreidehandel hat erstaunenswerthe Veränderungen dieses Mal nicht aufzuweisen. Während Eigener fortduern bei ihren hohen Forderungen be-  
harren, sieht sich der Consul durchaus nicht genötigt, aus seiner bisherigen beobachteten Stellung hervorzutreten, vielmehr zwängt ihm die Stellung im Mehlablage voraussichtlich eine längere Reservezeit auf, und darf die Herbelastung zu Concessionen seitens der Waareninhaber somit nur noch eine Frage der Zeit sein. — Da die Mühlen sich jetzt bloß von heute zu morgen zu verforschen vorsehen, hat der ohnehin schon begrenzte Abzug in Brotsorten inzwischen weitere Beeinträchtigungen erlitten; dennoch sind aber keine Qualitäten anhaltend leicht platzbar, da solche sehr spärlich zu Markte kommen,

Die heutigen amtlichen Börsennotirungen sind: Weizen, weißer 200 bis 230 M., brauner 177—210 M. Roggen, inländischer 165—183 M., fremder 150—162—171 M. Gerste, böhmische Brauware 168—192 M., Butterware 135—145 M. Hafer, nach Qualität 160—180 M. Mais, alter 145—148 M., neuer 120—125 M. Raps 296—306 M. Rüben 286—296 M. Lein 265—290 M. Alles per 1000 Kilo. netto.

Dresden, 13. Nov. [Wochen-Bericht von Samuel Rosenthal.]

In dieser Woche war die Witterung im höchsten Grade unbefriedigend; nicht

allein wechselte sich leichter Frost und auffallend milde Temperatur mehr-

mals ab, sondern es hat auch wiederholt stark geregnet und verärgert heftig

gestürmt, wie ähnliches Weiter in bisheriger Gegend seit langer Zeit nicht

wahrgenommen gewesen ist. Der Landmann fühlt sich hierdurch aber keines-

wegs unangenehm berührt, vielmehr findet er in diesem Temperaturwechsel

eine wesentliche Erleichterung zur Vollendung der Feldarbeiten. — Der

Getreidehandel hat erstaunenswerthe Veränderungen dieses Mal nicht aufzu-

weisen. Während Eigener fortduern bei ihren hohen Forderungen be-  
harren, sieht sich der Consul durchaus nicht genötigt, aus seiner bisherigen

beobachteten Stellung hervorzutreten, vielmehr zwängt ihm die Stellung im

Mehlablage voraussichtlich eine längere Reservezeit auf, und darf die

Herbelastung zu Concessionen seitens der Waareninhaber somit nur noch

eine Frage der Zeit sein. — Da die Mühlen sich jetzt bloß von heute zu

morgen zu verforschen vorsehen, hat der ohnehin schon begrenzte Abzug in

Brotsorten inzwischen weitere Beeinträchtigungen erlitten; dennoch sind aber

keine Qualitäten anhaltend leicht platzbar, da solche sehr spärlich zu

Markte kommen,

Die heutigen amtlichen Börsennotirungen sind: Weizen, weißer 200 bis

230 M., brauner 177—210 M. Roggen, inländischer 165—183 M., fremder

150—162—171 M. Gerste, böhmische Brauware 168—192 M., Butterware

135—145 M. Hafer, nach Qualität 160—180 M. Mais, alter 145—148 M.,

neuer 120—125 M. Raps 296—306 M. Rüben 286—296 M. Lein

265—290 M. Alles per 1000 Kilo. netto.

Posen, 12. November. [Börsenbericht von Lewin Berwin Söhne.]

Wetter: veränderlich. — Roggen (pr. 1000 Kilogr.) nahe Sichten matt. Get-

Eir. Ründungspreis 150, November 147—148 bez. u. B., December 151 bez. u. B., Januar-

Februar 153 bez. u. G., Februar-März 156 bez. u. G., Frühjahr 158 bez. u. G., April-Mai 158 G., Mai-Juni 158 G., Juni-Juli 160 bez. u. G.

— Spiritus (pr. 10,000 Liter %) bepauptri. Gefündet 10,000 Liter

Künd

